

## **Wahlprüfsteine BUND**

### **Fragen zu 1**

#### **Welche Maßnahmen zur Stärkung des Nationalparks und des Biosphärenreservats unterstützen Sie und wie wollen Sie in RLP eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung weiter entwickeln?**

In Rheinland-Pfalz müssen die bisherigen Schritte in Richtung nachhaltiger Forstwirtschaft konsequent weiter verfolgt werden. Die nahezu vollständige FSC-Zertifizierung des Staatswaldes ist ein wichtiger Schritt. Die Kommunen und Privatwaldbesitzer müssen jetzt auf diesem Weg unterstützt werden. Die Bedeutung einer naturnahen Waldbewirtschaftung für Arten-, Klima- und Ressourcenschutz ist immens.

Begleitend zur FSC-Zertifizierung muss jetzt die - möglichst regionale - Vermarktung des zertifizierten Holzes unterstützt werden. Holz als neuer alter nachhaltiger Baustoff kann die Nachfrage erheblich steigern und helfen regionale Wertschöpfungsketten zu stabilisieren. Der Anteil zertifizierten Holzes bei öffentlichen Gebäuden wie Kindergärten, Schulen, Verwaltung sowie im öffentlich geförderten Wohnungsbau muss dazu erheblich gesteigert werden. Das ist ein Beitrag zum Klimaschutz, stärkt die regionale Wirtschaft und sichert die naturnahe Waldwirtschaft.

Im Biosphärenreservat Pfälzerwald müssen weitere Zerschneidungen der Flächen verhindert werden. Besonders für die Kernzone ist dies ein Tabu. Diese muss endlich auf die vorgeschriebenen 3 % der Gesamtfläche erweitert werden. In der Entwicklungszone des Biosphärenreservates kann und muss der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden. Die Förderung einer nachhaltigen Wirtschaft ist nach den internationalen Regeln für Biosphärenreservate ausdrücklich eine Aufgabe in den Entwicklungszonen. Dazu gehören selbstverständlich auch Windkraftanlagen.

In der Anfangsphase des noch jungen Nationalparks müssen die Haushaltsmittel für den Aufbau der Strukturen gesichert werden. Ein Nationalpark ist kein Luxus und sein Aufbau darf nicht Schuldenbremse geopfert werden. Nationalparks sind wichtiger Bestandteil der Sicherung der Biodiversität sowie zahlreicher natürlicher Prozesse (CO<sub>2</sub>-Speicherung, Grundwasserneubildung und Speicherung usw.) die wir nutzen.

#### **Welche Schritte unternehmen Sie um den Biotopverbund zu verbessern und wie stellen Sie sich vor dem Hintergrund der sog. Schuldenbremse die weitere Förderung des Naturschutzes im Land vor?**

Eine wichtige Maßnahme ist, die Zerschneidung natürlicher Lebensräume durch Straßen- und Schienenbau, die Zersiedelung der Landschaft und den landwirtschaftlichen Flächenverbrauch unter Natur- und Landschaftsschutzaspekten eng zu begrenzen.

Um zerschnittene Lebensräume für Wildtiere wieder zu vernetzen und eine ökologische Durchlässigkeit zu erreichen ist der Bau von Grünbrücken (Wildbrücken) zielführend. Damit diese Grünbrücken ihrem Zweck entsprechend vom Wild angenommen werden, müssen sie

bestimmte Voraussetzungen erfüllen - wie eine Mindestbreite - und an bekannten Wildwechsellinien gebaut sein. Der Bewuchs sollte die Sicht auf die zu querenden Verkehrswege abschirmen. Unter solchen Bedingungen fördern Grünbrücken durch die Vernetzung von Ökosystemen die Biodiversität und erhöhen außerdem die Verkehrssicherheit durch Reduzierung von Wildunfällen.

Die Schuldenbremse in der derzeitigen Form stranguliert das Land. Haushaltspolitik und Wirtschaft sollen den Menschen dienen – und nicht umgekehrt. Jede Investition, die heute unter dem Diktat der „schwarzen Null“ und durch Schuldenbremsen verhindert wird, wird sich morgen auf der Schuldenseite wiederfinden. DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel beim Landeshaushalt. Wir wollen die Steuereinnahmen durch einen höheren Spitzensteuersatz, angemessene Unternehmenssteuern und das Schließen von Schlupflöchern erhöhen. So würden auch genügend Mittel frei, um den Naturschutz im Land angemessen zu fördern. Als Beispiel sind private und genossenschaftliche Investitionen in erneuerbare Energien, Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden und mehr Forschung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe konsequent zu fördern.

## **Fragen zu 2**

**Wie stellen Sie sich die weitere Gestaltung der Energiewende und den Ausbau sowie die Steuerung der Erneuerbaren vor und welche Maßnahmen zur Energieeinsparung wollen Sie anstoßen?**

Unser Ziel ist eine Energieversorgung von 100 Prozent aus einem Mix erneuerbarer Energien bis 2030. Eine sichere, bezahlbare und ökologisch sinnvolle Energieversorgung wird nur durch vollständige Re-Kommunalisierung privatisierter oder teilprivatisierter kommunaler Energieversorgungsunternehmen und die konsequente Fortsetzung der Energiewende unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle möglich sein. Wir wollen eine dezentrale Energieerzeugung und –Vermarktung durch die kommunalen Stadtwerke.

Soll Rheinland-Pfalz seine Energieversorgung komplett auf erneuerbare Energien umstellen wird der Anteil der Windenergie mindestens 60 Prozent betragen. Bei der Errichtung von Windkraftanlagen müssen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger beachtet und den Erfordernissen des Natur- und Landschaftsschutzes genügt werden. Wo Schutzzwecke von Kulturlandschaften im Konflikt mit der Windkraftnutzung stehen, muss nach Kompromissen gesucht werden und Windparks beispielsweise entlang von Straßen- oder Bahntrassen oder gewerblich genutzten Flächen errichtet werden. Energie soll künftig möglichst dezentral erzeugt werden. Im Rahmen des Konzepts „Energie aus Bürgerhand“ soll das Land die Gründung und die Tätigkeit von örtlichen und regionalen Energiegenossenschaften fördern, die Wind- und Wasserkraft, Biomasse und Solartechnik als Grundlagen für ökologisch zu erzeugende regenerative Energie nutzen.

Als Maßnahmen zur Energieeinsparung stellen wir uns einen Zuschuss von 150 Euro als „Abwrackprämie“ für die Neuanschaffung elektrischer Großverbraucher für ärmere Haushalte vor sowie ein flächendeckendes Netzwerk von kompetenten Energiesparhelfern, die auf Wunsch private Haushalte in Energiefragen beraten.

Der sparsame Umgang mit Energie muss gefördert werden. Bei öffentlichen Neubauten streben wir mittelfristig Null-Emmissionshäuser an. Die Regelungen zur Entlastung von

Unternehmen mit hohem Strombedarf müssen überprüft werden. Ausnahmegenehmigungen müssen Ausnahmen bleiben.

**Welche Initiativen wollen Sie für eine vorrangige Förderung von Fuß-Rad-Bus und Bahnsystemen in unseren Städten und in der Fläche ergreifen und wie stehen Sie zu umstrittenen Großprojekten A643 durch den Mainzer Sand, A1, B10, Rheinbrücke Wörth, Mittelrheinbrücke?**

Wir streben landesweit den ticketlosen Nahverkehr an. Finanziert werden könnte dies aus Steuermitteln und einer Wirtschafts- und Haushaltsabgabe. Auch in ländlichen Regionen müssen Busse regelmäßig verkehren, damit das Auto nicht länger zwingende Notwendigkeit bleibt. Eine Alternative sind zudem bedarfsorientierte Rufsysteme mit kleinen Fahrzeugen, die es zu fördern gilt. Statt großwahn sinniger Neubauprojekte wollen wir bestehende Straßen erneuern, wo dies nötig ist – so, wie es der Landesrechnungshof mit Recht fordert: Erhalt geht vor Neubau.

In Ballungsräumen treten wir für Radschnellwege ein, die, wie sich in NRW gezeigt hat, auch ökonomisch sinnvoll sind. Der Ausbau und Lückenschluss der Radfernwege muss vorangetrieben werden. Insbesondere Möglichkeiten der Kombination des ÖPNV mit dem Rad müssen verbessert werden (z.B. Radparkhäuser und Fahrradvermietung an den Bahnhöfen, bessere Fahrradmitnahme in Zügen und Bussen)

**Fragen zu 3**

**Wie wollen Sie die heimisch-ökologische Landwirtschaft stärken, damit diese gegenüber der globalisierten agrarindustriellen Produktion eine Existenzchance behält?**

DIE LINKE will eine Landwirtschaft, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält, einen Beitrag zur regionalen Lebensmittel- und Rohstoffproduktion und zur Erhaltung der Kulturlandschaft leistet. Eine solche Landwirtschaft ist ein grundlegender Bestandteil des sozialökologischen Umbaus. Wir wollen die Förderpolitik diesbezüglich neu ausrichten, damit das bäuerliche Eigentum schützen und die überbetriebliche Zusammenarbeit fördern. Die Vielfalt der Eigentumsformen erkennen wir unter der Prämisse an, dass landwirtschaftlicher Boden kein Spekulationsobjekt sein darf und der Boden möglichst denen gehören soll, die ihn bewirtschaften. Wir wollen, dass die Landwirtschaft insgesamt umweltverträglicher wird, Nutztiere artgerecht gehalten werden und auch arbeitsplatzintensive Landwirtschaftsbereiche, z. B. artgerechte Milchvieh-, Schweine- und Schafhaltung, in Rheinland-Pfalz ihren Platz behalten und ausgeweitet werden. Auch der ökologische Landbau soll ausgebaut werden. Dazu sollen die öffentlichen Mittel der EU und des Bundes und die Landesmittel zielgerichtet für Umwelt- und Sozialleistungen vergeben werden. Unser Ziel ist eine flächen- und umweltschonende sowie energie- und kostensparende landwirtschaftliche Infrastruktur. Wir fordern eine gute Förderung von Betrieben und Genossenschaften des Biolandbaues und dezentraler Produktionsweisen. Ebenso muss die regionale Vermarktung von Produkten aus regional nachhaltiger Landwirtschaft, verbunden mit einer artgerechten Tierhaltung gefördert werden. Wir brauchen faire Preise für die Erzeuger und konsequente Einschränkung von Tiertransporten durch regionale Wirtschaftskreisläufe.

#### **Fragen zu 4**

#### **Welche Schritte unternehmen Sie zu fairen, transparenten Handelsbeziehungen statt TTIP, TISA und CETA und wie wollen Sie in RLP eine nachhaltige Regionalentwicklung stärken sowie eine breite ökologische Bildung?**

TTIP, CETA und TiSA lehnen wir ab. Wir setzen uns zusammen mit der außerparlamentarischen Bewegung für fairen Handel zum Wohl der Menschen unter demokratischen und transparenten Bedingungen ein, das Land muss entsprechende Bundesratsinitiativen unternehmen. Eine bessere Zusammenarbeit und die gemeinsame Etablierung möglichst hoher Standards und Normen für einen fairen und nachhaltigen Handel sind überfällig, sinnvoll und jenseits von CETA und TTIP weit besser möglich. Unsere Bundestagsfraktion hat im November 2015 einen Antrag eingebracht der die Risiken und Nachteile von CETA und TTIP beschreibt und Alternativen aufzeigt. Dem schließen wir uns inhaltlich an. Er ist hier abrufbar: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/068/1806818.pdf>

Wir sehen für Rheinland-Pfalz bei einer entsprechenden Politik gute Chancen, Vorreiter für ein nachhaltiges Wirtschaften zu werden. Dabei geht es im Kern um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und Förderung regionaler Wertschöpfung sowie die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und Zukunftsbranchen. Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem in den Bereichen Klimaschutz/Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge, Kultur und im Tourismus. Langfristige Potenziale sehen wir vor allem in den wissens- und forschungsbasierten Bereichen. Ein regionalisierter Landesentwicklungsplan für aktive Arbeitsmarktpolitik ist zwingend erforderlich. Wir brauchen eine auf regionale Besonderheiten abgestimmte Politik, die auch in strukturell benachteiligten Gebieten möglichst viele gute Arbeitsplätze erhält und zusätzlich neue Arbeitsplätze schafft. Um der Landflucht entgegen zu wirken, müssen jungen Menschen vor Ort Perspektiven eröffnet werden: Ausbildung und Arbeitsplätze machen das Land attraktiv. Jugend- und familienfreundliche Betriebe, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, die besonders gut ausbilden, sind vom Land zu unterstützen – vor allem in den strukturell benachteiligten Regionen. Mit der Einführung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit 8.000 tariflich abgesicherten Dauerarbeitsplätzen sollen insbesondere in Gebieten mit hoher und dauerhaft anhaltender struktureller Erwerbslosigkeit Perspektiven für Langzeiterwerbslose geschaffen werden. Der ÖBS soll sich dabei auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in Bereichen beschränken, die aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht von der Privatwirtschaft abgedeckt werden, weil Profite nicht oder kaum erwirtschaftet werden können. Arbeitsplätze im ÖBS sollen zusätzlich und von öffentlichem Interesse im Sinne des Gemeinwohls sein. Die Finanzierung des ÖBS erfolgt aus Steuergeldern, Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), Eigenfinanzierungsanteilen und Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit.

Ökologische Bildung ist integraler Bestandteil eines sozialökologischen Umbaus unserer Gesellschaft. Sie muss Teil der Bildungsangebote vom Kindergarten bis zur Hochschule sein. Curricula müssen entsprechend angepasst werden, Mittel für praktische Projekte an Schulen, Schulgärten usw. bis hin zur Schwerpunktsetzung an Fach- und Hochschulen müssen bereit gestellt werden. Der sozialökologische Wandel muss durch entsprechende Forschungsprojekte unterstützt und begleitet werden.

Welche Initiativen ergreifen Sie für eine verbesserte Bürgerinnenbeteiligung politischen Entscheidungen, für Transparenz und Teilhabe in der Wirtschaft und für eine angemessene Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements?

Die schier unüberwindlichen Hürden für direkte Demokratie in der rheinland-pfälzischen Verfassung müssen bürgerfreundlicher und praxistauglicher gestaltet werden. Um ein Volksbegehren auf den Weg zu bringen, müssen beispielsweise wesentlich mehr Unterschriften gesammelt werden, als eine politische Partei Stimmen für die Überwindung der 5-Prozent-Hürde benötigt. Und selbst wenn es unter diesen demokratiefeindlichen Umständen zu einem Volksentscheid käme, so wäre dieser an ein Mindestbeteiligungsquorum von 25 Prozent der Wahlberechtigten gebunden. Auch auf kommunaler Ebene muss eine Bürgerbeteiligungskultur entwickelt und ausgebaut werden. Wir begrüßen die Aufnahme des sogenannten Ratsbürgerentscheids in die Gemeinde- und Landkreisordnung, wonach Gemeinderäte die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen können.

Wir brauchen eine Demokratisierung der Wirtschaft: In Unternehmen herrschen alles andere als demokratische Zustände. Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und Unternehmensebene müssen ausgeweitet, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft am Produktivkapital beteiligt werden. Wir brauchen neue Strukturen - beispielsweise in Form von Branchenräten -, die den demokratischen Einfluss der Gesellschaft auf das Wirtschaftsgeschehen garantieren und so wirkliche demokratische Mitbestimmung ermöglichen, die Gas-, Wasser- und Stromversorgung wollen wir öffentlich-rechtlich organisieren. Wir fordern das Recht auf Generalstreik. Der Einfluss des Lobbyismus auf die Politik muss zurückgedrängt werden. Korruption und Bestechung, Vorteilsgewährung, Vorteilsnahme, Intransparenz und Parteiensponsoring dürfen nicht Mittel der Einflussnahme sein. Gesetze dürfen nicht von denen geschrieben werden, die von ihnen profitieren. Wir wollen Abgeordnetenbestechung unter Strafe stellen. Wir wollen ein verbindliches und transparentes Lobbyregister einführen und treten für ein Beschäftigungsverbot von Lobbyisten in Bundesministerien und - bei Vollzeitparlamenten - von Abgeordneten bei Unternehmen und Lobbyorganisationen ein.

Die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen müssen systematisch gestärkt werden, strukturell, ideell und finanziell. Andererseits dürfen dringend notwendige staatliche Aufgaben nicht allein freiwilligen Helferinnen und Helfern aufgebürdet werden. Professionelle Angebote müssen mit freiwilligen Strukturen vor Ort vernetzt werden.